

Bundesregierung plant in der Gesundheitspolitik den Einstieg in die Kopfpauschale und den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung (Plenarsitzung vom 04.11.2009)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank Frau Kollegin Gebhard. – Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Sagel, fraktionslos.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gesundheitspolitik wollen Sie laut Koalitionsvertrag einen radikalen Systemwechsel. Das ist natürlich interessant, auch die Wortwahl – die kommt mir sehr bekannt vor. Unter Systemwechsel verstehen Sie jedoch einen Systemwechsel zu einer Zweiklassenmedizin mit dem Standard „Unsozial pur, statt original sozial“, wie sich die Linke das vorstellt.

In Ihrem Koalitionsvertrag steht zum großen Teil wenig Konkretes. Vor allem handelt es sich um eine Arbeit von Lobbyisten; hierauf komme ich gleich noch zu sprechen. Fakt ist jedenfalls: Einfrierung des Arbeitgeberanteils. Monopolstellung von Apothekern und Stärkung der privaten Versicherungen. Es soll einen Leistungskatalog geben. Jede ärztliche Leistung wird einzeln versichert. Jeder kann sich so weit versichern, wie er es will oder bezahlen kann. Eigenverantwortung heißt, nur so viel versichert zu sein, wie es der Lohn erlaubt. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

Beitrag und Leistung müssen in einem adäquaten Verhältnis stehen.

Das heißt, ich bekomme nur noch die Behandlung, die ich bezahlen kann. Da ist vermutlich für eine Putzfrau keine Krebstherapie mehr drin. Das wird die Realität sein. Jeder ist nur so viel wert, wie er Lohn bekommt. Auch das ist die Realität.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Quatsch!)

– Seien Sie ganz ruhig. Mit Mindestlohn haben Sie doch überhaupt nichts am Hut. Sie sind die Oberlobbyistenpartei im Landtag und auch in Berlin.

(Minister Karl-Josef Laumann: Der Mann ist eine Zumutung.)

– Herr Minister, seien Sie ganz ruhig. Sie wollen das solidarische System verteidigen. Dann gehen Sie nach Berlin. Was sitzen Sie hier überhaupt noch? Sie werden es von Nordrhein-Westfalen aus

nicht verteidigen. Die Radikaldemokraten von der FDP, die radikalen Marktlobbyisten wollen etwas ganz anderes. Deswegen haben sie auch den Minister auf dem Gesundheitsposten sitzen. Das ist die Realität.

Mit meiner Meinung stehe ich nicht alleine. Im „Spiegel“ steht ein sehr interessanter Artikel. Von Herrn Henke ist dort auch die Rede, also von demjenigen, dem Sie gerade noch ein nettes Andenken übergeben haben. Auch dieser wird hier zitiert; laut „Spiegel“ sind auch Sie ein Lobbyist. Also gute Reise nach Berlin. Die Lobbyisten verstärken sich dort. Auf Seite 36 in der Ausgabe 44 des „Spiegels“ steht – ich zitiere –:

Zunächst setzten die Liberalen die Frage auf die Tagesordnung, ob in Drogeriemärkten weiter Arzneimittel ausgegeben werden dürfen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

Die Apothekervereinigung ABDA läuft Sturm gegen diese Wettbewerbsnische im sonst stramm regulierten Pillengeschäft. Bei den sogenannten Pick-up-Stellen handle es sich um unerfreuliche „Auswüchse des Versandhandels“, heißt es in einem Papier der ABDA. Nun haben Union und FDP die ABDA-Forderung nach einem Quasi-Verbot der Pick-up-Stellen übernommen, und zwar wortwörtlich: „Wir werden die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen“, schrieben sie in ihre Vorlage für den Koalitionsvertrag.

Ein weiteres Zitat lautet:

Wer mehr als etwa 50.000 Euro brutto im Jahr verdient, soll demnächst schneller aus der gesetzlichen Krankenkasse aussteigen dürfen. Für den Wechsel in eine private Versicherung galt seit der jüngsten Gesundheitsreform eine Wartefrist von drei Jahren. Das Neukundengeschäft der Privatassekuranzen hatte deshalb etwas gelitten. FDP und Union kamen nun überein, die Wartezeit wieder auf ein Jahr zu verringern. In den Verhandlungen hatten sich CDU und CSU zunächst gesperrt. Ihre Befürchtung war, dass in der gesetzlichen Krankenversicherung ein weiteres Finanzloch aufreißt, wenn der Solidargemeinschaft wieder mehr Besserverdiener verlorengehen.

Das Ganze steht unter der Überschrift „Glatte Durchmarsch“ und „Lobbyisten sind stolz auf den Koalitionsvertrag: Sie haben tüchtig daran mitgewirkt.“ Das ist Ihre Gesundheitspolitik, die Sie hier betreiben, und das ist das, was wir hier erwarten können.

Ich komme zum Schluss. Wir als Linke stehen für ein solidarisches System, wo jeder die notwendige Behandlung bekommt und alle einen angemessenen Anteil tragen. Die solidarische Krankenversicherung muss bestehen bleiben. Das ist alles anderes als das, was Sie hier machen. Das hat aus meiner Sicht keinen Anstand und keine christliche Moral. Mit dieser Meinung bin ich nicht alleine. Dieser Auffassung sind auch andere. Deswegen werde ich den Anträgen zustimmen. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Henke zu Wort gemeldet.